



Beschluss

TOP I.3 Social Bots – Abschlussbericht der Länderarbeitsgruppe

Berichterstatter: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen

1. Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister nimmt den Bericht der Länderarbeitsgruppe „Social Bots“ zur Kenntnis.
2. Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister leitet den Bericht der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten (Rundfunkkommission) zu und bittet sie, eine Umsetzung der Vorschläge der Länderarbeitsgruppe zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrags zu prüfen.
3. Die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister bittet die Bundesregierung, eine Umsetzung der Vorschläge zur Änderung des Telemediengesetzes zu prüfen und sich gegebenenfalls auf EU-Ebene für die vorgeschlagenen Änderungen des unionsrechtlichen Rechtsrahmens einzusetzen. Der Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz wird gebeten, die Justizministerinnen und Justizminister auf ihrer nächsten Konferenz über den Stand der Prüfung und Umsetzungsbemühungen der Bundesregierung zu informieren.